

Stationen · Erfolge · Aktionen

Bis hierhin und noch weiter...



**Gewerkschaft
der Polizei**

Bundesvorstand

Die GdP hat deutsche Polizeigeschichte geschrieben...

... mit Erfolgen und Leistungen, die häufig hartnäckig erkämpft werden mussten und deren Verwirklichung anfangs oft unerreichbar schien.

Aber wir haben viel erreichen können. Denn die Vision eines Einzelnen bleibt oft unerfüllt. Stehen jedoch viele Gleichgesinnte dahinter, hat sie eine Chance, Realität zu werden. Ein Blick zurück auf „Stationen – Erfolge – Aktionen“ liefert den Beweis.



Die erste Satzungskommission am Vorabend der Gründung der GdP in einem Hamburger Hotelzimmer

1950

Am 13. und 14. September 1950 gründen in Hamburg die Vertreter der „Interessengemeinschaft der Polizeibeamtenbünde der britischen Zone und Westberlins“ die Gewerkschaft der Polizei. Sie zählt in ihrer ersten Stunde bereits 45.000 Beamte,

Angestellte und Arbeiter im Polizeidienst. Die GdP tritt an, die Tätigkeit des Polizeidienstes in der jungen Bundesrepublik Deutschland gerechter zu bewerten und strebt eine Ausdehnung auf das gesamte Bundesgebiet an.



Fritz Schulte wird erster Vorsitzender der GdP.





Antrag auf Weihnachts-Gratifikation

Der Vorstand der Gewerkschaft der Polizei hat in einer Klage an die Bundes- und alle Landes-Regierungen sowie an alle Parteien folgenden Antrag auf Bewilligung einer Weihnachtsgratifikation gestellt:

„Im Jahre 1952 wurde den Beamten auf Grund des ungesunden Verhältnisses ihrer Bezüge zu den Lebenshaltungskosten eine Weihnachtszuwendung anerkannt, deren Höhe im allgemeinen von dem Einkommen abhängig war.

Das Verhältnis liegt im Jahre 1953 gleich ungünstig, und es sind keine Tatsachen zu erkennen, daß eine Verschiebung zugunsten der Beamten eintreten könnte. Die inzwischen vorgenommene Erhöhung der Bezüge der Beamten um 20 Prozent kann insofern schon nicht als eine solche Tatsache angesprochen werden, als diese Erhöhung nicht ausgereicht hat, um die Bezüge an den Lebenshaltungsindex heranzuführen. Die bis heute stetiggebliebene Tendenz der Steigerung der Lebenshaltungskosten hat inzwischen die Beamtengehälter wieder so weit zurückgeworfen, daß nunmehr dieselben wirtschaftlichen Verhältnisse wie 1952 vorliegen dürften.

Unter Beachtung dieser allgemein bekannten Tatsache bittet die Gewerkschaft der Polizei, den Polizeibediensteten auch in diesem Jahre eine Weihnachtsgratifikation zuzuerkennen, wie dies in der freien Wirtschaft durch Auszahlung eines 13. und verschiedentlich sogar eines 14. Monatsgehaltes bereits allgemein üblich geworden ist.

In Anerkennung der Finanzlage des Landes schlagen wir vor, diese Weihnachtsgratifikation für alle Lohn- und Gehaltsgruppen gleich hoch, und zwar mit 250 DM einzusetzen und ihre Auszahlung so früh zu veranlassen, daß diese Gratifikation auch ihrer Zweckbestimmung zugeführt werden kann.“

1951

Die GdP macht sich stark für materielle Verbesserungen. Hauptforderung: „Neuordnung des Besoldungswesens.“ Gestiegene Lebenshaltungskosten bringen die Polizeibeamten mit ihren bescheidenen Bezügen mehr und mehr in Bedrängnis.

Auf dem 1. Delegierten-Kongress der GdP in Koblenz verabschieden die Delegierten einen Entwurf für einheitliche Laufbahnvorschriften. Damit ist der Grundstein für die Einheitslaufbahn der Polizei gelegt.

Die GdP beantragt die Aufnahme als selbständige Gewerkschaft in den DGB. Realisiert wird das Ziel wegen organisatorischer Gründe erst 1978.

1952

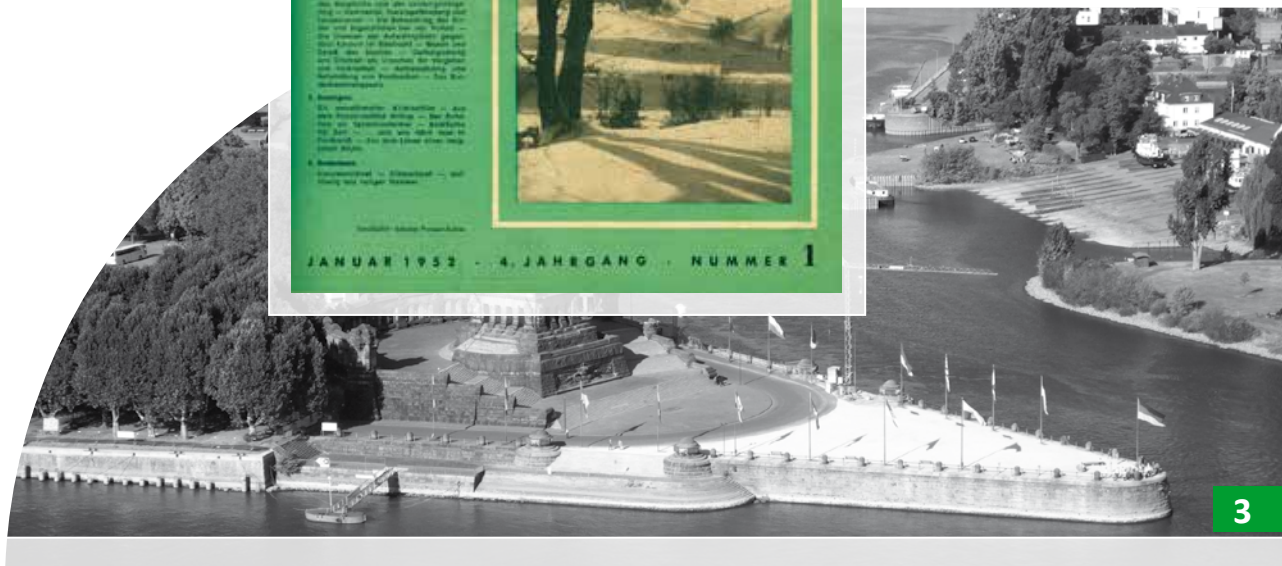
Die erste bundesweite Ausgabe der GdP-Mitgliederzeitung „Deutsche Polizei“ erscheint.

Nordrhein-Westfalen setzt nach einer Großdemonstration in Essen als erstes Bundesland zum 1. Oktober 1953 die GdP-Forderung nach Verstaatlichung der Polizei um.

1953

Auf ihrem 2. Delegierten-Kongress in Bad Honnef stellt die GdP insbesondere die Unterbewertung des Polizeidienstes in den Mittelpunkt.

Die Arbeitgeber lehnen die Weihnachtsgratifikation ab. Die GdP antwortet mit Protestaktionen in mehreren Städten mit rund 20.000 Teilnehmern.



1954



Die GdP legt eine viel beachtete Denkschrift zur Besoldungsreform vor. Wichtigstes Anliegen: Die Höhergruppierung des Polizeidienstes.

Der 3. Delegierten-Kongress behandelt vor allem das Verhältnis der Polizei zu Staat, Bevölkerung und Regierung.

1955



Nachdem die Innenministerkonferenz die GdP-Forderung nach einer aufgabengerechten Einstufung der Polizei abgelehnt hat, gehen 25.000 Mitglieder auf die Straße. Höhepunkt der Protestwelle in mehreren Städten ist ein machtvoller Schweigemarsch durch Köln.

Auf ihrem 4. Delegierten-Kongress beschließt die GdP, der Union der Europäischen Polizeigewerkschaften (UISP) beizutreten.



Fritz Schulte und Willy Brandt (l.) – Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses – auf der 4. Delegierten-Konferenz der GdP

Der GdP-Bundesvorsitzende Fritz Schulte verstirbt Mitte Dezember. Die Amtsgeschäfte führt der 2. Vorsitzende Fritz Preuß weiter.

1956



Die GdP lässt die Protestwelle für eine Höherstufung des Polizeidienstes weiterrollen.

Fritz Kehler (Foto) wird auf dem 5. Delegierten-Kongress zum neuen GdP-Vorsitzenden gewählt.



Polizei ist kein Militär

Grenzbereiche des polizeilichen Einsatzes

Dreitägige Arbeitskonferenz der Gewerkschaft der Polizei vom 13. bis 15. Oktober in Remagen – Zum erstmalig freimütige Aussprache von verantwortlichen Persönlichkeiten aus Bund und Ländern über die Probleme der Polizeihöhe sowie der Ausbildung, Bewaffnung und des Einsatzes der Polizei – Notstandsgesetzgebung im Mittelpunkt des Interesses

Mit der Einladung zu einer dreitägigen Arbeitskonferenz über die Grenzbereiche des polizeilichen Einsatzes hat die Gewerkschaft der Polizei zum erstmalig eine Plattform für ein fruchtbares Gespräch über eine Problematik geboten, die auf den verschiedenen Ebenen mit unterschiedlichen Ergebnissen und Folgerungen diskutiert wird. In Remagen saßen Polizeifachleute aus der Praxis, verantwortliche Persönlichkeiten aus den Innenministerien der Länder und aus dem Bundesinnenministerium sowie Politiker und Verfassungsrichter zu einem erfolgreichen Gedankenaustausch zusammen. Sie hörten die Argumente für die abweichenden Auffassungen anderer und konnten daran ihre eigenen Überlegungen überprüfen. Niemand konnte erwarten, daß die unterschiedlichen Ansichten in drei Tagen zu einer Patentlösung überbrückt werden könnten. Das Ziel der Tagung war lediglich die Diskussion und, wenn möglich, die Klärung bestimmter Grundsatzfragen. Die GdP war sich bewußt, daß sie damit auch ein heißes Eisen angefaßt hat. Sie tat es aus zwei Gründen: Aus der inneren Sorge um die Erhaltung unserer Lebensbasis, der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und aus der Sorge um den einzelnen Angehörigen der Polizei, dessen Schicksal wesentlich davon beeinflußt wird, in welcher Richtung in bestimmten schwebenden Fragen die Entscheidungen getroffen werden.

1959

Auf einer Sonderkonferenz beschäftigt sich die GdP intensiv mit den Plänen der Regierung für eine Notstandsgesetzgebung.

Ein Durchbruch: Die GdP wird offiziell als Spitzenorganisation im Sinne des § 94 Bundesbeamtenengesetz anerkannt. Sie sitzt fortan bei offiziellen Beteiligungsgesprächen immer mit am Tisch, wenn es um Entwürfe von beamtenrechtlichen Gesetzen und Verordnungen sowie um allgemeine Reformvorhaben geht.

1957

Großer Erfolg für die GdP: Die Höherstufung kommt! Der Bundestag gibt für die allgemeine Besoldungsreform grünes Licht. Bis kurz vor der Abstimmung wird die GdP immer wieder bei den Spitzen der Bundestagsfraktionen vorstellig, damit auch die Kriminalbeamten in die Höhergruppierung einbezogen werden.

Und noch ein Erfolg für die GdP: Das Pensionsalter für Polizeivollzugsbeamte wird auf das 60. Lebensjahr festgesetzt. Zugleich wird die Zahlung einer Ruhestandsabfindung in 7-facher Höhe des Monatsgehalts gesetzlich festgeschrieben.

Auf ihrem 6. Delegierten-Kongress in Bad Godesberg fordert die GdP soziale Verbesserungen sowie Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in der Polizei.

Im Saarland wird ein GdP-Landesbezirk gegründet.

1958

Generationswechsel: Der 37-jährige Werner Kuhlmann (Foto) wird auf dem 7. Delegierten-Kongress in Stuttgart als neuer GdP-Vorsitzender gewählt.

Erstmals tritt ein Bundesinnenminister als Gastredner eines Delegierten-Kongresses auf: Als Dr. Gerhard Schröder dabei Pläne für eine Notstandsgesetzgebung bekannt gibt, warnt die GdP eindringlich vor einer Verquickung von polizeilichen und militärischen Zuständigkeiten.





GdP-Vorsitzender Werner Kuhlmann und Kollegen am Potsdamer-Platz in Berlin kurz nach Beginn des Mauerbaus



1963

Unvermindert kämpft die GdP gegen Versuche der Politik, der Polizei einen Kombattantenstatus aufzuzwingen.

Um die Interessen der Tarifbeschäftigten noch wirksamer wahrnehmen zu können, bilden die GdP und die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) eine Arbeitsgemeinschaft.

1960

Premiere für die Polizei: Erster Abschluss von Anschlussarbitraverträgen. Damit bestätigen die öffentlichen Arbeitgeber ausdrücklich die Tariffähigkeit der GdP und untermauern die Stellung der Gewerkschaft als Berufsorganisation.

Der 8. Ordentliche Delegierten-Kongress tagt in Saarbrücken unter dem Motto: „Alle Kraft der Einheit“.

1961

Die GdP wehrt sich gegen alle Versuche einer schleichenden Militarisierung der Polizei. Gegen die geplante Einführung von Explosivmitteln als Polizeiwaffen legt sie Verfassungsbeschwerde ein.

Mit Erfolg kann die GdP die Aufstellung einer Polizeireserve und die Einführung einer Polizeidienstpflicht als Alternative zur Wehrpflicht verhindern.

Die GdP fordert eine Verdoppelung der Bereitschaftspolizei.

Erstmals veranstaltet die GdP eine Pressefahrt. Politiker, Journalisten und Fachleute der Polizei diskutieren polizeirelevante Themen.

1962

Die GdP wehrt erfolgreich alle Pläne ab, den Objektschutz im Kriegsfall an die Polizei zu übertragen.

Auf ihrem 9. Ordentlichen Delegierten-Kongress in München beschäftigt sich die GdP wiederum intensiv mit der umstrittenen Notstandsgesetzgebung. Außerdem erhält die Bezirksgruppe BKA den Status eines GdP-Bezirks.



Bundeskanzler Adenauer schickt dem Kongress seinen Gruß.



1964

Die GdP wächst und gewinnt weiter an Einfluss. Sie kann ihr Hunderttausendstes Mitglied begrüßen.

Erfolg für die GdP: Bund und Länder lassen die Pläne für einen Kombattantenstatus der Polizei endgültig fallen. Damit bleibt ihr ziviler Charakter gewahrt.



Der 10. Ordentliche Delegierten-Kongress in Bremen tagt unter dem Motto „Die Einheit vollenden“. Werner Kuhlmann wird als Vorsitzender der GdP bestätigt.

In den Mittelpunkt seines Grundsatzreferates stellt er zwei Probleme: Das Verhältnis zum DGB und die Aufgaben der Polizei im Notstandsfall.

Werner Kuhlmann wird als UISP-Präsident gewählt.

Die GdP stellt ihren „Vermögensbildungsplan“ vor, der im Gegensatz zu anderen Vorhaben auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes in die künftige Gesetzgebung zur Vermögensbildung einbezieht.

1965

Die GdP setzt einen tarifvertraglichen Sozialzuschlag für die Arbeiterinnen und Arbeiter durch – als Ausgleich für die Steigerungsbeträge im Ortszuschlag, die bis dahin nur für Beamte und Angestellte galten.

1966

Die JUNGE GRUPPE (GdP) wird gegründet. Sie soll der stärker wachsenden Gruppe junger Mitglieder eine Stimme geben. Erster Vorsitzender wird Horst Geier (Foto).



Erstmals schließt die GdP als selbständiger Tarifpartner einen Tarifvertrag unmittelbar mit den öffentlichen Arbeitgebern ab.



Der 11. Ordentliche Delegierten-Kongress in Bremen befasst sich intensiv mit den zunehmenden Aktivitäten rechts- und linksradikaler Gruppierungen.

1967

Die GdP legt ihre Denkschrift „Kapitulation vor dem Verbrechen“ vor. Aufgrund der Veröffentlichung kommt es bei der Kriminalpolizei zu Verbesserungen bei Personal, Bewertung und Ausrüstung.

Die Bundesgeschäftsstelle der GdP bezieht gemeinsam mit den GdP-Wirtschaftsunternehmen OSG und VDP das neu errichtete Gewerkschaftshaus in Hilden (NRW).



Das neue Gewerkschaftshaus in Hilden



1968

Der konsequente Einsatz der GdP hat Erfolg: Laut der vom Bundestag verabschiedeten Notstandsverfassung muss die Polizei im Notstandsfall keine militärischen Aufgaben übernehmen.

Auf dem 12. Ordentlichen Delegierten-Kongress unter dem Motto „Keine Freiheit ohne Verantwortung“ weist der Bundesvorsitzende Werner Kuhlmann mit aller Schärfe die Forderung nach der Einführung von Erkennungsnummern oder Namensschildchen für Polizisten zurück.

Die erste Bundesjugendkonferenz der JUNGEN GRUPPE (GdP) wählt den neuen Bundesjugendvorstand und hebt insbesondere die Vernetzung im Bundesgebiet hervor. Bildung und Begegnungen sind daher wichtige Bestandteile des Programms.

1969



Die GdP mobilisiert ihre Mitglieder: Auf elf Kundgebungen protestieren 30.000 Polizeibeschäftigte (Foto) gegen das Vorhaben einer bundesrahmenrechtlichen Stellenplanbindung. Mit Erfolg: Der Bundestag gibt seine Pläne auf.

Die GdP gibt ihre vielbeachtete Denkschrift „Moderne Gesellschaft – moderne Polizei“ heraus.

1972



Die Innenministerkonferenz beschließt ein Sicherheitsprogramm, in dem wesentliche Positionen der GdP berücksichtigt sind. Auf einer Pressekonferenz stellt Innenminister Genscher (Foto 2. v. l.) das Programm vor.

Das GdP-Engagement für eine Erweiterung der Stellenpläne zugunsten des gehobenen und höheren Dienstes zahlt sich aus: Die Forderungen werden weitgehend erfüllt.

Die GdP entwickelt einen Katalog für eine grundlegende Neuordnung der Lohngruppenverzeichnisse der Arbeiterinnen und Arbeiter.

In ihrer Broschüre „Gebremste Polizei“ setzt sich die GdP für die fachwissenschaftliche Aus- und Weiterbildung der Polizei ein. Damit ist der erste Schritt hin zum Fachhochschulstudium für den Einstieg in den Polizeidienst vollzogen.

1970

Der 13. Ordentliche Delegierten-Kongress in Bonn beschließt die Forderung nach einem einheitlichen öffentlichen Dienstrecht.

Die zweite Bundesjugendkonferenz der JUNGEN GRUPPE (GdP) beschäftigt sich u. a. intensiv mit einer zeitgemäßen Ausbildung der jungen Kolleginnen und Kollegen.

Mit der Aktion „Denkpause“ macht die GdP auf ihre Forderungen nach einer funktionsgerechten Bewertung der Polizei aufmerksam.

Die GdP organisiert Kampfmaßnahmen gegen den erneuten Versuch des Bundesrates, Stellplanhöchstgrenzen für die Polizei einzuführen. Unter dem Eindruck der Proteste lehnt der Bundestag diese Pläne abermals ab.

1971

Mehr als 30.000 Mitglieder demonstrieren gegen die Tatsache, dass nach der Übertragung der Besoldungszuständigkeit von den Ländern auf den Bund die Erwartungen nach sozialen Verbesserungen für die Polizeibeschäftigten nicht erfüllt wurden. Aufgrund der Protestwelle beschließt der Bundesrat nachträglich eine Reihe von Verbesserungen – so z. B. die hartnäckig von der GdP geforderte Polizeizulage von 120,00 DM monatlich.



1973

Der 14. Ordentliche Delegierten-Kongress in Hamburg fordert ein vereinheitlichtes Dienstrecht – über die permanente Anpassung des Beamten- und Dienstrechtes.

GdP-Forderungen werden erfüllt:

- Die GdP setzt durch, dass die Polizei zusätzlich zur Polizeizulage auch in die allgemeine Zulagenregelung einbezogen wird.
- Alle Polizeibediensteten erhalten ein 13. Monatsgehalt.
- Das Bundespersonalvertretungsgesetz eröffnet mehr Mitbestimmung in der Polizei.
- Die Zuständigkeiten des BKA werden erweitert.

Innengewerkschaftlich diskutiert die GdP über den Kurs des BGS zu einer „echten“ Polizei.

1974

Der erste Streik im öffentlichen Dienst zeigt Wirkung:
Die Gehälter steigen um 11 %.



Weitere Forderungen der GdP werden umgesetzt:

- Die 40-Stunden-Woche wird in der Polizei eingeführt.
- Die Polizei erhält einheitliche Dienstkleidung.

1975

Das unter Mitwirkung der GdP entstandene Personalstrukturgesetz setzt Akzente für die Verpolizeilichung des Bundesgrenzschutzes.

Die GdP setzt für den gehobenen und höheren Dienst eine weitere Planstellenerhöhung durch, für Angestellte gelten bessere Eingruppierungsgrundsätze und die Tätigkeitsmerkmale werden neu strukturiert.

Die JUNGE GRUPPE (GdP) und die GdP fordern gemeinsam: Das Jugendarbeitsschutzgesetz muss auch für junge Polizeibeschäftigte gelten.

Nach 17 Jahren als Bundesvorsitzender stellt Werner Kuhlmann sein Amt zur Verfügung. Er wird zum Oberbürgermeister von Gelsenkirchen gewählt. Neuer GdP-Vorsitzender wird Helmut Schirmmacher.

1978

Die GdP wird Mitglied im Deutschen Gewerkschaftsbund.

GdP ist die 17. Säule im DGB



Historische Aufnahme: Zusammen mit den DGB-Vorstandsmitgliedern gratuliert DGB-Chef Heinz O. Vetter dem Kollegen Trekel (4. von rechts) zum Beitritt. 3. von links Kollege Onlesner.



8. März 1978: Der DGB-Bundesausschuß hat den GdP-Antrag einstimmig angenommen. Kollege Trekel (am Rednerpult) äußert im Namen der GdP Freude und Genugtuung.

DGB-Bundesausschuß beschloß einstimmig

Die Gewerkschaft der Polizei ist 17. Säule im Deutschen Gewerkschaftsbund. Sie allein vertritt jetzt im DGB die Interessen der Polizeibediensteten in Bund und Ländern, einschließlich Bundesgrenzschutz. Der Bundesausschuß des DGB folgte am 8. März 1978 einstimmig einer ebenfalls einstimmig gefällten Beschlussempfehlung des DGB-Bundesvorstandes vom Verlag, bei Zusammenhaltung der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr.

Der Beitritt der GdP wurde im Bundesausschuß des DGB als „historische Stunde der deutschen Arbeiterbewegung“ gewürdigt. Dabei sei eine deutliche Bestätigung der gewerkschaftlichen Auffassung zu sehen, daß nur geschlossenen und einheitlich agierende Gewerkschaften die Stärke gewährleisten, die zur Durchsetzung der Arbeitnehmerinteressen notwendig ist.

Die GdP, kurzzeitig zur Bundesausschulung eingeladen, war durch Fritz Trekel, Mitglied des geschäftsführenden Gewerkschaftsvorstandes, und Friedrich Giesemer, Bundesgeschäftsführer, vertreten. Unmittelbar nachdem der Beschluß über die Aufnahme der GdP in den DGB gefaßt war, erwiderte die GdP-Vertreter vom DGB-Bundesausschuß mit großer Herzlichkeit begrüßt. Im Namen des Gewerkschaftsvorstandes sprach Kollege Trekel seine „große Freude und Genugtuung zum Ausdruck, daß der Bundesausschuß des DGB diesen bedeutungsreichen Beschluß gefaßt hat.“

Das von der GdP geforderte neue Spitzenamt im mittleren Dienst nach A 9 mit Zulage wird eingeführt.

Versuche können abgewehrt werden, die neue Einheitslaufbahn zu zerschlagen.

15. ordentlicher Delegiertenkongreß der GdP

Leitlinien der Gewerkschaftsarbeit bekräftigt

Programm für die nächsten drei Jahre erstellt

Der 15. ordentliche Delegiertenkongreß der Gewerkschaft der Polizei ging am Freitag, dem 1. Oktober 1976, nach dreitägiger Dauer in der Mainzer Rheingoldhalle zu Ende. Unter dem Motto „Sicherheitspolitik ist Gesellschaftspolitik“ legte der Delegiertenkongreß die Grundlagen für die Gewerkschaftsarbeit der nächsten drei Jahre. Er bekräftigte dabei die Gültigkeit wichtiger gewerkschaftspolitischer Leitlinien, an denen sich die GdP seit vielen Jahren ausrichtet. Rund 300 Anträge und mehrere Entschließungen lagen den Delegierten zur Beratung vor. Daneben wählte der Kongreß die Kolleginnen und Kollegen, die in den Gewerkschaftsgremien diese Beschlüsse zu vertreten und durchzusetzen haben.

Die wichtigsten Beschlüsse des GdP-Kongresses:

- Die GdP hält an ihrem Ziel fest, als selbständige Polizeigewerkschaft den Anschluß an den DGB anzustreben; der Freundschaftsvertrag mit der DAG bleibt unberührt.
- Der Kongreß forderte die Neubewertung des polizeilichen Dienstes über den Weg einer analytischen Dienstpostenbewertung; nach Ansicht der GdP würde dies schon heute zu der Abschaffung des mittleren Dienstes und der Überführung in den gehobenen Dienst führen. Als Übergangslösung auf dem Weg dorthin ist weiterhin die Schaffung des Spitzenamtes A 10 für den mittleren Polizeivollzugsdienst zu verfolgen.
- Die GdP erwartet, daß unverzüglich mit einer völligen Neuordnung und Neugestaltung des Bezahlungssystems begonnen wird. Ziel: eine leistungsgerechte und berufsbezogene Bezahlung unter angemessener Berücksichtigung familienpolitischer Gesichtspunkte.
- Die Einheitslaufbahn der Polizei muß erhalten bleiben; Laufbahnbewerber müssen den unbedingten Vorrang vor dem „Seiteneinsteiger“ haben.
- Die Manteltarifverträge für Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst müssen reformiert werden.
- Die GdP tritt für die Erhaltung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Netzes der sozialen Sicherung ein. Entschieden werden Einsparungen und Kürzungen durch Sparmaßnahmen abgelehnt.
- Zur Vermögensbildung fordert die GdP, daß unabhängig von tarifpolitischen Überlegungen alle Arbeitnehmer und damit auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Anteile am Vermögen der Volkswirtschaft erwerben können.
- Das Berufsbild einer zivilen, bürgerlichen Polizei wurde nachhaltig bekräftigt.
- Die Angehörigen des Bundesgrenzschutzes können jetzt Mitglied der Gewerkschaft der Polizei werden; Ziel der GdP ist und bleibt in diesem Zusammenhang, den militärischen Kampfauftrag des BGS abzuschaffen.

1976

„Sicherheitspolitik ist Gesellschaftspolitik“ – unter diesem Motto erhebt der 15. Ordentliche Delegierten-Kongress der GdP in Mainz zentrale Forderungen zu vielen Themenfeldern – z. B. Reform des öffentlichen Dienstrechts, Laufbahn, Ausbildung, Wechselschichtdienst, Bewertung, Vermögensbildung und Neuordnung der Manteltarifverträge. Außerdem beschließt der Kongress, dass Angehörige des BGS fortan Mitglied der GdP werden können.

Die GdP veröffentlicht ihre Studie „Polizei im Wechselschichtdienst“.

1977

Die GdP nimmt im politischen Raum wesentlichen Einfluss auf die Diskussion um ein einheitliches Polizeigesetz und setzt sich für angemessene Polizeimunition ein.

Das lang geforderte Urlaubsgeld für alle Polizeibeschäftigten wird Realität.

Ab 1977 gilt das Jugendarbeitsschutzgesetz auch bei der Polizei.

1979

Auf dem 16. Ordentlichen Delegierten-Kongress in Hannover würdigt mit Prof. Dr. Karl Carstens als Gastredner (Foto Mitte) erstmals ein Bundespräsident die Arbeit der GdP. Die Delegierten verabschieden darüber hinaus eine EntschlieÙung zum Wechselschichtdienst – u. a. mit den Forderungen, stärker den gesundheitlichen Aspekt zu betrachten und es sei ein „angemessener zusätzlicher finanzieller Ausgleich zu schaffen“.



Die GdP verzeichnet den größten Mitgliederzuwachs in ihrer bisherigen Geschichte.

1980

Die GdP setzt sich mit Flugblatt-Aktionen und Protestkundgebungen für Verbesserungen im Wechselschichtdienst ein. Höhepunkt: Eine Großdemonstration mit 7.000 Polizeibeschäftigten in Köln.



Die GdP veröffentlicht ihre „Leitlinien für die 80er Jahre“ und stellt damit Politik und Öffentlichkeit ihre Forderungen für Verbesserungen im Polizeidienst für das kommende Jahrzehnt vor.

Die GdP fordert klare gesetzliche Regelungen zum Datenschutz.

1981

Die GdP-Forderung nach einem Zusatzurlaub bis zu vier Tagen für Schichtdienstleistende wird durchgesetzt.

Angesichts von Demonstrationen, die von gewaltigen Ausschreitungen begleitet werden, verstärkt die GdP ihre Grundsatzposition im öffentlichen Raum: Gesellschaftliche Probleme dürfen nicht mit den Mitteln der Polizei gelöst werden.

Wechsel in der Führungsspitze der GdP: Helmut Schirmmacher wird Polizeipräsident in Bielefeld – Günter Schröder (l.) wird sein Nachfolger im Amt des GdP-Bundesvorsitzenden.



1982

50.000 Menschen, darunter rund 6.000 GdP-Mitglieder, demonstrieren in Bonn gegen die Rotstiftpolitik der öffentlichen Arbeitgeber.

17. Ordentlicher Delegiertenkongress der GdP in Nürnberg: Die GdP verlangt Änderungen des Demonstrations- und Versammlungsrechts. Weitere Forderungen betreffen Erleichterungen im Wechselschichtdienst, kürzere Arbeitszeiten sowie den verstärkten Kampf gegen organisierte und Wirtschaftskriminalität.



1983

Die GdP wehrt sich erfolgreich gegen eine Nullrunde im öffentlichen Dienst sowie gegen Pläne, die Beamtenbesoldung per Bundesgesetz im Voraus zu regeln.

Gemeinsam mit den anderen DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes kann die GdP eine dreistufige Anhebung der Einkommen für die Tarifbeschäftigten durchsetzen. Mit zahlreichen Protestaktionen drängen GdP und DGB darauf, diese Verbesserungen auch auf den Beamtenbereich zu übertragen.

1986



Die GdP setzt die Erhöhung des Urlaubsgeldes und die Anhebung der Obergrenze für die Anteile der Beförderungssämter der Besoldungsgruppen A8 und A9 durch.

Auf dem 18. Ordentlichen Bundeskongress in Mannheim stehen weitere Fragen der Unterbewertung im Mittelpunkt.

Ein neuer Bundesvorsitzender tritt sein Amt an: Hermann Lutz (Foto) wird zum Nachfolger von Günter Schröder gewählt.

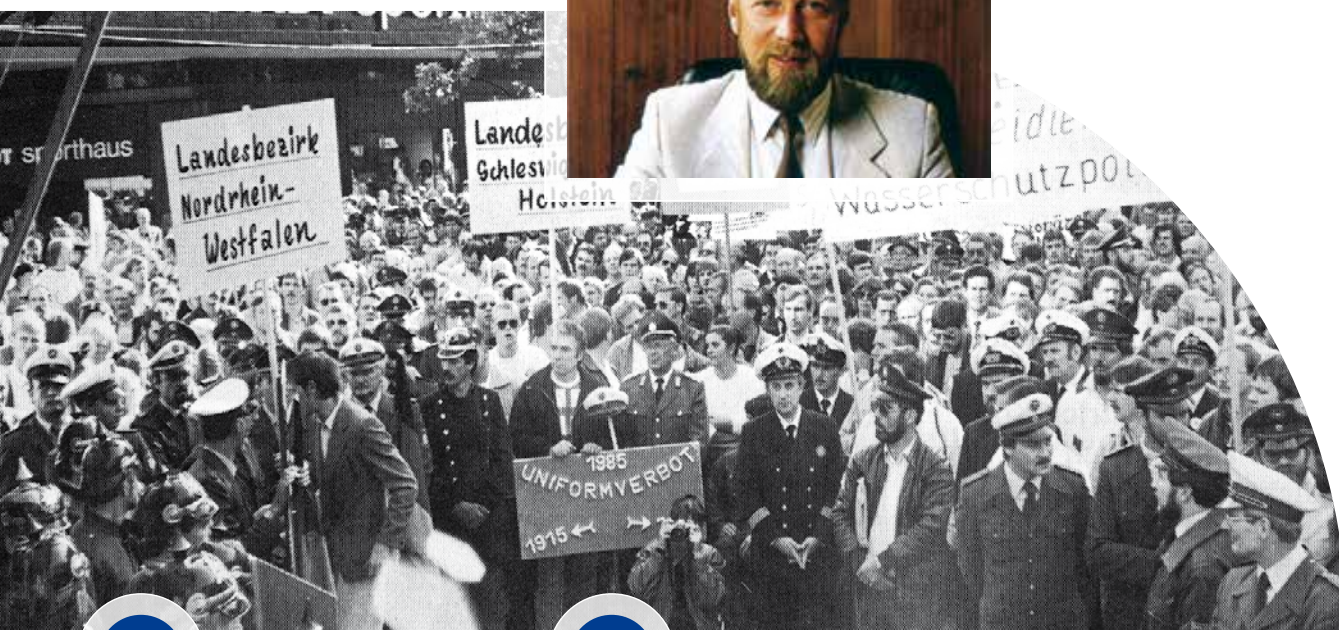


1987



Der Einsatz für eine angemessene Entschädigung des Dienstes zu ungünstigen Zeiten (DUZ) wird mit Erfolg aktiviert: Polizeivollzugsbeamte erhalten für den Dienst zu ungünstigen Zeiten einheitlich eine Stundenpauschale von 1,50 DM.

Die Seniorengruppe Bund wird gegründet – eine Initiative des 18. Ordentlichen Bundeskongresses 1986 in Mannheim.



1984

Auch mit Hilfe der GdP gelingt es, eine Nullrunde zu verhindern. Löhne und Gehälter steigen nicht nur, das Tarifergebnis wird auch auf die Beamtinnen und Beamten übertragen.

Die GdP organisiert Sonderveranstaltungen zu Themen wie Terrorismus, Stellung des BGS als Polizei und zur Verkehrsunfallentwicklung.

In Bremen demonstrieren 6.000 GdP-Mitglieder für Arbeitszeitverkürzung und für den Abbau der Belastungen im Polizeidienst.

1985

Die GdP mobilisiert ihre Mitglieder: Bundesweit finden Protestaktionen und Großdemonstrationen während des gesamten Jahres für eine gerechte Bewertung des Polizeidienstes und die Beseitigung von sozialen und wirtschaftlichen Einschränkungen statt.

Die GdP übt nachdrücklich Kritik an der überalterten Personalbedarfsplanung: Eine Verstärkung der Polizei ist dringend geboten, um die gewachsenen Anforderungen erfüllen zu können.

Das Umweltforum der GdP fordert eine verbesserte Bekämpfung von Umweltstraftaten.

1988



Harte Auseinandersetzungen und sogar Streiks im Verbund mit den anderen DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes für die Humanisierung der Arbeit und Verkürzung der Wochenarbeitszeit prägen das Jahr. Das Ergebnis: Eine dreistufige Verbesserung der Bezüge, verbunden mit einer schrittweisen Verkürzung der regelmäßigen Wochenarbeitszeit.

Dringender Appell der GdP an die Politik: Die durch moderate Tarifabschlüsse erzielten Einsparungen sollten für Neueinstellungen in der Polizei genutzt werden.

Die GdP nimmt bei einer Anhörung im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages Einfluss auf die Beratungen zum Versammlungsrecht und zur Kronzeugenregelung.

1989



Die Mauer fällt. Sofort nach Grenzöffnung ist die GdP in Berlin vor Ort (Foto).

Die GdP setzt sich für die soziale Absicherung im Alter ein. Im Vorfeld des Rentenreformgesetzes gelingt es, weitere Verschlechterungen abzuwehren. Die vorgezogene gesetzliche Altersgrenze von

60 Jahren für die Polizeibeamtinnen und -beamten kann im Beamtenversorgungsänderungsgesetz bewahrt werden.

Eine interdisziplinäre Fachtagung der GdP befasst sich mit der Drogenbekämpfung. Die Schaffung eines nationalen Drogenbeirats wird gefordert.



1990

Durch eine Vereinbarung zwischen der GdP und der neu gegründeten Gewerkschaft der Volkspolizei (GdVP) in der DDR wird im polizeigewerkschaftlichen Leben die deutsche Einheit gezielt vorangetrieben. Aus den neuen Bundesländern nehmen erstmals Gastdelegierte am Bundeskongress teil.

Die Mitglieder der GdVP schließen sich der GdP an.

19. Ordentlicher Bundeskongress in Frankfurt: Die GdP verabschiedet ein neues Grundsatzprogramm sowie ihren Frauenförderplan.

100 Delegierte treffen sich zur 1. Seniorenkonferenz der GdP in Siegen.

Die GdP wird für ihren Einsatz gegen Rechtsextremismus mit der Theodor-Heuss-Medaille ausgezeichnet.

Zahlreiche von der GdP geforderte Verbesserungen werden 1990 Wirklichkeit:

- Die Polizeizulage steigt erstmals seit 1972 von 120,00 DM auf 200,00 DM – und sie wird ruhegehaltfähig.
- Die allgemeinen Zulagen im mittleren Dienst erhöhen sich von 67,00 DM auf 150,00 DM, der höhere Dienst bekommt erstmals eine allgemeine Zulage von 60,00 DM im Monat.
- Die Obergrenzenregelung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst wird erstmals (seit 1971) verbessert.
- Die Entschädigungssätze für den Dienst zu ungünstigen Zeiten werden auf 2,50 DM zur Nachtzeit und auf 4,00 DM für Arbeit an Sonn- und Feiertagen aufgestockt.



Bundespräsident Richard von Weizsäcker (r.) gratuliert Hermann Lutz (l.) 1990 zur Verleihung der Theodor-Heuss-Medaille an die GdP.



1991

In den neuen Bundesländern finden GdP-Demonstrationen für einen schnelleren Aufbau demokratischer Polizeistrukturen statt.

Die zweigeteilte Laufbahn, ein Zentralanliegen der GdP, nimmt Gestalt an: Bei der Einführung in mehreren Bundesländern sind deutliche Erfolge zu verbuchen – etwa in Hessen und Rheinland-Pfalz.

Der organisatorische Aufbau von neuen GdP-Landesbezirken in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ist in vollem Gange.

Eine äußerst zähe und schwierige Besoldungsrunde 1991 bringt erst im Frühjahr 1992 Ergebnisse, weil der Vermittlungsausschuss des Bundestages angerufen werden muss. Die GdP nutzt das gesamte Jahr 1991, um ihre Positionen gegenüber der Politik zu verdeutlichen.



1992

Zum zweiten Mal wird im öffentlichen Dienst gestreikt – mit GdP-Beteiligung. Der Erfolg: 5,4 % mehr Lohn und Gehalt, Erhöhung von Urlaubsgeld und Ausbildungsvergütung, Einkommensangleichung für den Osten von 60 % auf 70 % des Westniveaus.

Das „Thesenpapier zur zweigeteilten Laufbahn“ der GdP wird veröffentlicht.

Auf einem außerordentlichen Satzungskongress der GdP in Braunschweig wird ein Gewerkschaftsbeirat geschaffen und der Bundesvorstand auf 32 Mitglieder reduziert.



1994

Der 20. Ordentliche Bundeskongress in Dresden verabschiedet unter dem Motto „Demokratie braucht unseren Einsatz“ u. a. den Unvereinbarkeitsbeschluss gegen die DVU. Mit dem Kongress werden 14.000 Beschäftigte des BGS, die bisher in den GdP-Landesbezirken organisiert waren, Mitglieder des neu geschaffenen GdP-Bezirks BGS mit Geschäftsstelle in Köln.

Die GdP verabschiedet ihr Thesenpapier zur inneren Sicherheit.

Die erste Bundesfrauenkonferenz tagt in Suhl.

1993

Die GdP protestiert gegen Überlegungen, Zeitsoldaten mit verkürzter Ausbildung in den Polizeidienst zu übernehmen.

Die GdP beteiligt sich an einer Großkundgebung der DGB-Gewerkschaften in Bonn gegen den Versuch, das Tarifergebnis von der Beamtenbesoldung zeitlich abzukoppeln.

Die GdP beginnt mit breit angelegten Foren unter dem Motto „Demokratie braucht unseren Einsatz“ in vielen Großstädten der neuen Länder. Ein aktiver Dialog zwischen Bürgern, Polizei und Politik um den Themenkreis „Innere Sicherheit“ kommt in Gang.



1995

Der GdP-Bundesvorstand beschließt eine Resolution zum Thema private Sicherheitsdienste.

Protest gegen die geplante Dienstrechtsreform: Insbesondere kritisiert die GdP die Pläne, höchstens 10 % der Beschäftigten Leistungsprämien zukommen zu lassen.

Auf ihrem Kongress einigt sich die UISP auf die Einrichtung eines eigenen UISP-Büros in Luxemburg.



1996

Die „Forderungen der GdP zur Zukunft des höheren Polizeidienstes“ befürworten den Aufbau einer internen Hochschule der Polizei.

Bundesweite Protestaktion der GdP gegen die geplante Dienstrechtsreform: „Dem Reformgesetz die Gelbe Karte!“ – auch aufgrund dieser Postkartenaktion, die sich an die beamtenpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen richtet, gelingt es, die Dienstrechtsreform abzumildern.

Die JUNGE GRUPPE (GdP) kann Ende März ihr 30-jähriges Bestehen feiern.

1997

GdP-Veranstaltung „Polizei im Wandel – Führung im Wandel“ – ein viel beachtetes Diskussionsforum zu grundsätzlichen Fragen der polizeilichen Neuordnung und zur Führung der Zukunft.



Die GdP organisiert eine große Protestkampagne gegen die Sparpläne von Bund und Ländern – u. a. mit Massendemonstrationen bei der Ministerpräsidentenkonferenz in Bonn.

1998

Auf dem 21. Ordentlichen Bundeskongress verabschiedet die GdP ihren langjährigen Vorsitzenden Hermann Lutz. Die Delegierten wählen Norbert Spinrath (Foto I.) in Bremen zu seinem Nachfolger.

Die GdP erzielt großes Aufsehen mit ihrer Kampagne „Da fehlt noch was!“ (Foto) zur Angleichung der Ostgehälter an das Westniveau.



1999

In Berlin demonstrieren GdP und öD-Gewerkschaften gegen die geplante Vorabregelung der Besoldungsanpassung 2000/2001. Der Bundesrat gibt daraufhin seine Pläne auf.

Aktion „Schluss mit der Salamitaktik“: Spektakuläre Aktion der GdP gegen die scheinbar teilweise Angleichung der Ostgehälter an das Westniveau.

Eine GdP-Delegation besucht deutsche Polizisten im Kosovo.

Durch hartnäckiges Engagement der GdP gelingt es, Einschnitte in das Beihilfe- und Urlaubsrecht für die Bundesbeamtinnen und -beamten wieder rückgängig zu machen.

In einem Gespräch mit Bundesumweltminister Jürgen Trittin wird vereinbart, dass neue Atomtransporte erst wieder möglich sein werden, wenn Gefahren für die transportbegleitenden Polizeikräfte ausgeschlossen sind.

Die 3. Seniorenkonferenz findet in Saarbrücken statt.





2000

Während der EXPO war die GdP permanent mit einem Expo-Treff vor Ort. In dem Zelt fanden Länderabende, Events, Kreisgruppenveranstaltungen und Podiumsdiskussionen statt. Die Abgeordneten Kolleginnen und Kollegen aus den Ländern und vom BMI wurden während der gesamten sechsmonatigen Dauer der EXPO von der GdP betreut.

Nach jahrelangem Drängen wird neue Munition für die Polizei eingeführt. Schon früh hatte die GdP auf Mängel bei der herkömmlichen Polizeimunition hingewiesen.

2001

Die Bundesregierung plant mit dem Versorgungsänderungsgesetz eine Absenkung des Versorgungsniveaus. GdP und Deutscher Bundeswehrverband demonstrieren gemeinsam dagegen (Foto oben). Kürzungen im Besoldungsstrukturgesetz werden verhindert.

Die Polizei erhält auf GdP-Initiative neue Schutzwesten.

2002

Auf dem 22. Ordentlichen Bundeskongress in Magdeburg wird Konrad Freiberg im Amt bestätigt.



Die GdP eröffnet ihre Bundesgeschäftsstelle in Berlin.



Die GdP feiert ihr 50-jähriges Jubiläum im Hamburger Rathaus. Ehrengast ist u. a. Bundeskanzler Gerhard Schröder (Mitte).

Mit einer Protestfahrt durch alle Bundesländer demonstriert die GdP Einigkeit gegen die geplante Abkopplung der Beamtenbesoldung vom Tarifergebnis.

Norbert Spinrath tritt im November vom Amt des Bundesvorsitzenden zurück. Kommissarischer Nachfolger wird der bisherige stellvertretende Vorsitzende Konrad Freiberg.



50 JAHRE
Gewerkschaft
der Polizei

Die von der GdP und der Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder beim Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) in Auftrag gegebene Studie zu Gewalt gegen Polizeibeamte wird auf einer Pressekonferenz vorgestellt.

„Jetzt stellen wir uns quer!“ – Die GdP protestiert gegen die Öffnungsklausel im Besoldungsrecht.

Auf ihrem außerordentlichen Kongress im Oktober beschließt die UISP ihre Auflösung und gleichzeitig die Gründung von EuroCop.

„Akte Ausbildung – Investition in die Zukunft“ – diese Aktion der JUNGEN GRUPPE (GdP) appelliert an die Polizeien der Länder und des Bundes, innerhalb der Ausbildung den stetig wachsenden und ändernden

Aufgaben gerecht zu werden. Das war auch Thema der 11. Bundesjugendkonferenz in Lüneburg.



**Jetzt
stellen WIR
uns
quer!**



**Akte Ausbildung -
Investition in die Zukunft**

- Bundes einheitliche Ausbildungsstandards für Fachhochschulen der Polizei
- Enge Verzahnung zwischen Theorie und Praxis
- Keine Externalisierung der Fachhochschulen
- Ständige Fortbildung und Rotation der Dozenten
- Übernahme garantiert für die jungen Polizeibeamtinnen und -beamten nach erfolgreichem Abschluss ihres Studiums

1,-*

www.Akte-Ausbildung.de
Herausgegeben zu Gunsten einer guten Ausbildung in der Polizei!

* Die Aktion kann auch über den Erlös des Kartenspieles "Schachmann" der GdP-Mitglieder erfolgen.
Herausgeber: UISP der GdP (GdP) Bundesjugendkonferenz, Standort 4, 10555 Berlin
Veranstaltung: Bundesjugendkonferenz



Das Meinungsforschungsinstitut polis führt im Auftrag der GdP zur Reformbewegung in Deutschland und zu den Erwartungen ihrer Mitglieder an die Gewerkschaft eine Meinungsumfrage durch. Die GdP erhält damit ein umfassendes Bild zur Zufriedenheit ihrer Mitglieder mit der gewerkschaftlichen Arbeit.



2003



10.000 Polizistinnen und Polizisten demonstrieren in Mainz gegen Verlängerungen der Wochen- und Lebensarbeitszeit sowie die Kürzung des Weihnachts- und Streichung des Urlaubsgeldes. Den Ministerpräsidenten der Länder wurde die „Rote Karte“ gezeigt.



Das zweite GdP-Positionspapier zur „Bekämpfung des islamistischen Terrorismus“ wird verabschiedet.

Januar 2002. Das Niveau der Ostbesoldung erhöht sich ab 1. Januar 2002 auf 90 % des Westniveaus.



2004



Foto: Holecek

GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg, seine Stellvertreterin Kerstin Philipp und Dr. Bernd Schulte vom Max-Planck-Institut während der intensiven Diskussion

Die 3. Tarifpolitische Konferenz der GdP befasst sich mit dem Neugestaltungsprozess des Tarifrechts und der anstehenden Tarifrunde 2005.

Die Frauengruppe (Bund) richtet eine Arbeitsgruppe „Häusliche Gewalt“ ein. Ziel ist u. a. eine bundesweit einheitliche Definition des Begriffs „Häusliche Gewalt“, eine Diskussion um den Veränderungsbedarf in der StPO sowie eine kontinuierliche Aus- und Fortbildung der in diesem Deliktbereich beschäftigten Beamtinnen und Beamten.

Zum Verhältnis zwischen Polizei und privater Sicherheit positioniert sich die GdP in sieben Thesen.

Die GdP beteiligt sich am europaweiten Aktionstag für Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Wie in Berlin (Foto) demonstrierten auch in Stuttgart und Köln über eine halbe Million Menschen unter dem Motto: „Aufstehen, damit des endlich besser wird!“



Die langjährigen GdP-Funktionäre Helmut Hinsenhausen (l.) und Martin Schiff werden für ihr außerordentliches berufliches, gewerkschaftliches und ehrenamtliches Engagement von Bundespräsident Johannes Rau mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland geehrt.

In der Mitgliederzeitung „Deutsche Polizei“ stoßen zahlreiche Artikel zur Thematik „Belastungen durch den Schichtdienst“ auf große Resonanz.

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin beginnt auf Ersuchen der GdP mit einem auf drei Jahre angelegten Forschungsprojekt zu Posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS) im Polizeidienst.

Auf einer GdP-Beamtenfachtagung unter dem Motto „Auf dem Prüfstand: Das Beamtenrecht“ werden Vorstellungen über eine Reform des öffentlichen Dienstrechts diskutiert.





Foto: Tetzner

2005

Der BAT (Bundesangestelltentarif) hat ausgedient. Er wird vom TVöD für Bund und Kommunen abgelöst. Die GdP hat den Ablösungsprozess u. a. begleitet, indem sie sich bereits seit 2002 mit einem eigenen Tarifpolitischen Programm positioniert hatte.

Mitglieder des GdP-Bundesvorstandes diskutieren beim GdP-Wahlgespräch mit Bundeskanzler Gerhard Schröder aktuelle Positionen seiner Partei. Im Anschluss gab der Bundeskanzler der Mitgliederzeitung „Deutsche Polizei“ ein Interview zur Rolle der Gewerkschaften.

Nach den Terroranschlägen in Madrid (2004) und London (2005) fordert die GdP in einem 2. Positionspapier zur „Bekämpfung des islamistischen Terrorismus“ ein drittes Sicherheitspaket.

Die 14. Pressefahrt der GdP von Berlin über Frankfurt (Oder) nach Breslau steht unter dem Motto: „Polizeiliche Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland“ (Foto u.).

Das 1. Arbeitsschutzsymposium der GdP tagt mit dem Schwerpunkt „Gestaltung der Arbeitsumgebung in Gebäuden“ in Potsdam.

Der GdP-Bundesvorstand beschließt ein Positionspapier zu Auslandseinsätzen deutscher Polizistinnen und Polizisten.

Die EuroCop-Konferenz in Riga befasst sich mit der Zusammenarbeit der Polizei in der erweiterten EU.

Mit der Neuausrichtung und Umbenennung des Bundesgrenzschutzes entsteht der GdP-Bezirk „Bundespolizei“.



Foto: DP

Großes Interesse polnischer Journalisten an GdP-Standpunkten



2006

Das 2. GdP-Arbeitsschutzsymposium thematisiert „Psychische Belastungen am Arbeitsplatz“.



Mit Sicherheit am Ball

Das 2. GdP-Sicherheitsforum zur Vorbereitung der Fußball-WM tagt unter dem Motto: „In Sicherheit bei Freunden“ in Berlin.



Foto: D. Michael

GdP-Einsatzbetreuung zur Fußball-WM: Eis für die Kollegen

Die GdP begleitet den Einsatz der Kolleginnen und Kollegen anlässlich der Fußball-WM mit einem umfassenden Betreuungsprogramm.

*Streikkundgebung am 20.02.2006
in Mannheim*



Foto: W. Schmidt

Die schwierigsten Tarifverhandlungen seit Bestehen des öffentlichen Dienstes konnten u. a. dank des unermüdligen Einsatzes vieler Kolleginnen und Kollegen – u. a. nach 14 Wochen Streik in Berlin – und zahlreichen Kundgebungen im öffentlichen Dienst zu einem positiven Abschluss geführt werden.

Die 4. Bundesfrauenkonferenz der GdP in Bayreuth spricht sich unter dem Motto „Frauen, Menschen, Handel(n)“ gegen Zwangsprostitution und Menschenhandel aus. Zur neuen Bundesfrauenvorsitzenden wird Sandra Temmen gewählt. Die Frauengruppe (Bund) gibt außerdem ihren ersten Newsletter heraus. Fortan erscheint er mehrmals jährlich.

„Wir müssen mehr für die Sicherheit in Städten und Gemeinden tun“, so der Grundtenor einer Pressekonferenz der GdP und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) in Berlin, auf der ein gemeinsames Aktionsprogramm vorgelegt wird.

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (Foto o.) ist Gast der GdP in der Bundesgeschäftsstelle Berlin – Sparbeschlüssen und Leistungskürzungen sind vorrangige Gesprächsthemen. Schäuble sagt zu, sich dafür einzusetzen, dass bei der Einführung der leistungsbezogenen Bezahlung Besonderheiten für die Polizei berücksichtigt werden. Zu den Überlegungen, die Altersgrenze auch der Beamtinnen und Beamten der Entwicklung im Rentenrecht anzupassen, fordert die GdP den Bundesinnenminister auf, sich für polizeispezifische Regelungen – auch bei seinen Länderkollegen – einzusetzen, um den besonderen Härten des Wach- und Wechselschichtdienstes Rechnung zu tragen.

Der 23. Ordentliche Bundeskongress der GdP stellt im November in Berlin unter dem Motto „Polizei für Sicherheit – Sicherheit für die Polizei“ die Weichen für die GdP-Arbeit der nächsten vier Jahre. Konrad Freiberg wird als GdP-Bundesvorsitzender bestätigt.

Auf der 5. Bundes seniorenkonferenz unter dem Motto „Lust auf Leben... auch im Alter!“ wird Arthur Jung als neuer Vorsitzender der Seniorengruppe (Bund) gewählt.



Foto: Holeczek

Auf der 12. Bundesjugendkonferenz der GdP in Potsdam feiert die JUNGE GRUPPE (GdP) unter dem Motto „40 Jahre JUNGE GRUPPE – Wir bleiben am Ball“ ihren 40. Geburtstag.



Die 12. Bundesjugendkonferenz wählt ihren neuen Vorstand. Sascha Göritz (hinten Mitte) wird Vorsitzender.

Der 23. Ordentliche Bundeskongress der GdP stellt im November in Berlin unter dem Motto „Polizei für Sicherheit – Sicherheit für die Polizei“ die Weichen für die GdP-Arbeit der nächsten vier Jahre. Konrad Freiberg wird als GdP-Bundesvorsitzender bestätigt.

GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg (l.) und der Hauptgeschäftsführer DStGB, Dr. Gerd Landsberg



Foto: D. Michael

Prominente Gäste auf dem GdP-Bundeskongress: Bundeskanzlerin Angela Merkel und SPD-Vorsitzender Kurt Beck (r.)



Foto: Dicke



Foto: Norbert Weinbach

Mit einer Postkartenaktion macht die GdP in Hessen auf die dramatische personelle Situation der Polizei in ihrem Land aufmerksam. Sie sammelt 36.000 Unterstützungspostkarten gegen den Stellenabbau.

Jörg Bruchmüller, Vorsitzender der GdP Hessen und GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg (r.) präsentieren die „Bürgerpost“ der Presse.

2007

Gegen die dramatische Überalterung der Polizei in NRW, gegen die Beschneidung von Mitbestimmungsrechten und gegen eine Personalpolitik nach Kassenlage gehen im Januar in Düsseldorf über 1.500 Polizeibeschäftigte auf die Straße.

Um den Behörden eine Hilfestellung für eine familienfreundliche Personalpolitik zu geben, erarbeitet die AG „Vereinbarkeit Beruf und Familie“ der Frauengruppe eine Muster-Dienstvereinbarung.



Foto: Norbert Weinbach

Die Teilnehmer kommen aus fast allen Bundesländern – viele in Uniform. Den hessischen Polizistinnen und Polizisten war seit 2006 untersagt, in Uniform zu demonstrieren.

Solidarisch: Die GdP mobilisiert bundesweit über 3.000 Mitglieder aus fast allen Ländern Deutschlands, die in Wiesbaden gemeinsam gegen das Lohndiktat der hessischen Landesregierung demonstrieren: Die Regierung Koch hatte im Alleingang mit dem Hessischen Beamtenbund vereinbart, die Besoldungserhöhung verhandlungslos auf die Tarifbeschäftigten zu übertragen.

Die Tarifabteilung der GdP gibt das „Handbuch Arbeitskampf“ heraus.

Auf dem 2. EuroCop-Kongress unter dem Motto „Ein soziales Europa für alle“ wird der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Heinz Kiefer einstimmig als EuroCop-Präsident bestätigt.

Um den Arbeitsschutz in der Polizei weiter nach vorn zu bringen, veranstaltet die GdP ein Arbeitsschutzseminar für Führungskräfte.

Die Seniorengruppe Bund begeht ihren 20. Jahrestag.

Die Vorsitzenden der Seniorengruppe Bund seit der Gründung



Fritz Göbel †
(Saarland)



Willi Bruelheide
(Schleswig-Holstein)



Heinz Blatt
(Rheinland-Pfalz)



Artur Jung
(Saarland)

13. Mai 1987 bis Dezember 1990 22. Januar 1991 bis 24. April 1998 24. April 1998 bis 24. April 2006 24. April 1998 bis 24. April 2006

2008



Der Uniformwechsel von grün zu blau hat begonnen; die GdP gibt einen Test in Auftrag, um Mängeln auf die Spur zu kommen.



Die monatlich erscheinende Mitgliederzeitung Deutsche Polizei wird um acht Seiten erweitert und erhält ein neues Layout.

Tarifrunde für Bund und Kommunen: Die GdP-Tarifbeschäftigten beteiligen sich aktiv an Streiks für die Tarifforderungen von mindestens 8 % mehr Einkommen (Foto u.).

Die GdP fordert dringend eine Anhebung der Erschwerniszulagen der Länder und des Bundes.

Das 3. Arbeitsschutzsymposium der GdP beschäftigt sich mit „Psychischer Belastungen am Arbeitsplatz“.



Die GdP gibt die Arbeitshilfe „Argumente gegen Rechts“ heraus.

Mit dem Relaunch ihres Internetauftritts bietet die GdP im geschlossenen Mitgliederbereich einen neuen Service an: Die GdP-Literaturdatenbank mit bereits 28.000 Datensätzen.

Auf europäischer Ebene setzt sich die GdP für eine Angleichung des Strafrechts in der EU ein.

25-jähriges Jubiläum der GdP Frauengruppe (Bund): Sie wird im politischen Raum deutlich wahrgenommen.



Dagmar Hölzl, Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand der Frauengruppe (Bund), sagt Bundesministerin Ursula von der Leyen Unterstützung bei der Bekämpfung von Entgeltungleichheit im öffentlichen Dienst zu.

Demonstration für Lohnerhöhung in Wiesbaden – solidarisch unterstützt von GdP-Gewerkschaftern aus Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen



Foto: Nowak

Ihre Forderungen für polizeiliche Auslandsmissionen leitet die GdP an die Politik; kurz danach wird Jörg Radek als Vertreter der GdP (Foto Mitte vorn) im Bundestagsinnenausschuss als Experte zu diesem Thema angehört.

Das EU-Parlament lehnt die Änderung der Arbeitszeitrichtlinien ab. Die GdP protestiert in erster Reihe bei der EuroCop-Demonstration gegen diese Entscheidung.



Foto: JV



Foto: Martin Schmitt



2009

Tarifverhandlungen in den Ländern: 8 % Gehaltserhöhung sind gefordert. Mit solidarischem Druck wird schließlich eine Einkommenssteigerung für die 700.000 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in zwei Stufen um rund fünf Prozent angenommen.



Foto: Clasen

Tarifdemo in Hamburg

Unter dem Motto „Verkehrslast, Umweltschutz und Mobilität! Widerspruch oder defizitäre Koordination?“ diskutiert die GdP auf ihrem 2. Verkehrsforum mit Verkehrs-, Wirtschafts- und Umweltexperten.

Auf dem Neujahrsempfang des Bundespräsidenten drückt der erste Repräsentant des Staates dem GdP-Bundesvorsitzenden Konrad Freiberg seine Wertschätzung für die Arbeit der Polizistinnen und Polizisten aus, die engagiert für die Sicherheit in unserer Gesellschaft ihren Dienst verrichten (Foto).

Foto: BILDSCÖHN/Jörg Görigk



Foto: Frank Graef

Läuft der Fußball aus dem Ruder? Podiumsdiskussion auf dem GdP-Fußballgipfel

Das Fußballgeschehen mit allen Facetten gewalttätiger Ausschreitungen und polizeilicher Belastung stehen auf dem Fußballgipfel der GdP im Fokus. 2008 waren Fußballspiele Anlass für 40 % von insgesamt 127 länderübergreifenden polizeilichen Einsätzen.

Auf Initiative der GdP-Frauen beschließt die GdP das Positionspapier „Vereinbarkeit Beruf und Familie“.



Foto: Hölzgen

Der GdP-Bundesfachausschuss Schutzpolizei befasst sich intensiv mit dem „Arbeitsplatz Funkstreifenwagen“. In einem Positionspapier dokumentiert er, was einen sicheren und zeitgemäßen Funkstreifenwagen ausmacht.

Die Frauengruppe lädt Gleichstellungsbeauftragte aus den Polizeien von Bund und Ländern zu einem ersten Erfahrungs- und Informationsaustausch ein.



Foto: Behle

Arbeitsatmosphäre auf der Tagung der Gleichstellungsbeauftragten

2010

Die GdP und die Zeitschrift „Behörden Spiegel“ konzipieren und veranstalten den ersten gemeinsamen „Polizeitag“. Thema: „Gewalt – eine zunehmende Herausforderung für Politik, Polizei und Gesellschaft“. Die „Polizeitage“ finden in den Folgejahren regelmäßig statt.

Bernd Becker, HPRP-Vorstandsmitglied und stellvertretender GdP-Vorsitzender in Rheinland-Pfalz erhält stellvertretend für sein Team den ersten „Deutschen Personalräte-Preis“ in Bronze. Sie haben eine Dienstvereinbarung zum behördlichen Gesundheitsmanagement in der Polizei auf den Weg gebracht.

Im Vorfeld zum 24. Ordentlichen Bundeskongress tagen die Personengruppenkonferenzen:

- Chancengleichheit ist Thema der 5. Bundesfrauenkonferenz. Dagmar Hölzl wird zur neuen Vorsitzenden der Frauengruppe (Bund) gewählt.



Foto: Tetzner

- Das Motto der 6. Bundesjuniorenkonferenz ist für die 111 Delegierten Programm: „Leben gestalten – Senioren übernehmen Verantwortung“. Anton Wiemers wird neuer Bundesjuniorenvorsitzender.



Foto: M. Zielasko

- Der 13. Bundesjugendkongress tagt unter dem Motto „SOS – Schutzleute ohne Schutz“. Sabrina Kunz wird neue Bundesjugendvorsitzende.



Foto: Immel

Die GdP dokumentiert zu ihrem 60. Geburtstag ihre Geschichte mit einer Ausstellung, die sie u. a. auf dem 24. Ordentlichen Bundeskongress zeigt.

Der 24. Ordentliche Bundeskongress tagt im November in Berlin unter dem Motto „Sicherheit ist Mehrwert“.



Foto: Immel

Neuer GdP-Bundesvorsitzender wird Bernhard Witthaut. In Bezug auf die allumfassende Föderalisierung appelliert er an die Delegierten: „Wir dürfen nicht zulassen, dass der Arbeitgeber uns auseinanderdividiert. Geschlossenheit macht uns stark!“



Foto: Immel

Bundespräsident Christian Wulff in seinem Grußwort an den Kongress: „Solidarität, Sympathie, Respekt und Dankbarkeit: Das alles hat die Polizei verdient.“



Foto: Tetzner

Keine Gewalt gegen Polizisten:
Die GdP fordert die Einführung des §115 StGB: Tätlicher Angriff auf einen Vollstreckungsbeamten.

Für den Einsatz von Polizistinnen und Polizisten in Afghanistan formuliert die GdP klare Bedingungen.



Eine Aktion der Gewerkschaft der Polizei - www.gdp.de

2011

Unter dem Leitspruch „Grüne Engel für alle Fälle“ organisieren Kolleginnen und Kollegen der JUNGE GRUPPE (GdP) wieder die Betreuung der Einsatzkräfte beim Castor-Transport im Wendland – mit heißen Getränken, Süßigkeiten, Einkaufsservice und Hotline.

Auf einer GdP-Fachtagung „Sicherungsverwahrung“ in Berlin formuliert die GdP ihre Prinzipien für den Umgang mit gefährlichen Tätern.

„Auch Mensch – Polizei im Spannungsfeld“ – ihre Anti-Gewalt-Kampagne (Foto r.) präsentiert die JUNGE GRUPPE (GdP) erstmals in Dresden auf dem 33. Evangelischen Kirchentag.

Die GdP Niedersachsen konnte 2013 nach langem Kampf erreichen, dass die 2005 bis 2011 angefallenen Bereitschaftsstunden anlässlich der Castor-Einsätze eins zu eins angerechnet werden. Das niedersächsische Oberverwaltungsgericht in Lüneburg hatte 2011 in einem von der GdP geführten Musterklageverfahren in diesem Sinne entschieden. Letztlich beendeten der GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schilff und Landespolizeipräsident Uwe Binias im September 2013 mit ihrer Unterzeichnung einer entsprechende Vereinbarung das Verfahren, was als großer Erfolg der GdP angesehen werden kann.

Im Tarifstreit 2011 demonstrieren u. a. rund 10.000 Gewerkschafter in Düsseldorf (Foto r.). Nach zähem Ringen und



DE. JUNGE GRUPPE an GEWERKSCHAFT DER POLIZEI
 2005 bis 2011
 2005 bis 2011
 2005 bis 2011
 www.gdp.de



Foto: Hegger

gewerkschaftlichem Druck wird ein akzeptables Ergebnis für die Kolleginnen und Kollegen in den Ländern erzielt.



Foto: Tetzner

„Tu was! – Für mehr Zivilcourage“ – unter diesem Motto beteiligen sich 100 Mitglieder an einer GdP-Rad-Sternfahrt von Frankfurt/Main nach Berlin (Foto).

Strafverschärfungen bei Gewalt gegen Polizeibeamte in § 113 und die Einbeziehung wesentlicher technischer Polizei-Arbeitsmittel in § 305a StGB sind gesetzeswirksam. Der Gesetzgeber folgt damit den Forderungen der GdP in weiten Teilen.

Unter dem Motto „Polizei sucht Frau in Führung“ diskutieren rund 70 GdP-Gleichstellungsbeauftragte über Hemmnisse und Hindernisse, aber auch erfolgversprechende Ansätze zur Frauenförderung.

Die erste GdP-App mit umfangreichem Informationsangebot geht an den Start.

Die GdP fordert die Innenministerkonferenz (IMK) auf, für eine engere Kooperation der Sicherheitsbehörden zur Bekämpfung des Rechtsextremismus zu sorgen.

Auf dem 3. Ordentlichen EuroCop-Kongress scheidet nach acht Jahren Heinz Kiefer aus Altersgründen als Präsident aus. Neue Präsidentin wird Anna Nellberg aus Schweden.

Die Teilnehmer des gemeinsam vom Deutschen Fußballbund (DFB), der Deutschen Fußballliga (DFL) und der GdP veranstalteten Kongresses „Feindbilder ins Abseits – Dialog für Sicherheit im Fußball“ mahnen insbesondere einen intensiveren Dialog zwischen Polizei und Fußballfans an, fordern bundesweit standardisierte Sicherheitsregeln und mehr Respekt voneinander ein. Erster Erfolg für die Polizei: Keine Fußballspiele am 1. Mai.

Der GdP-eigene „Verlag Deutsche Polizeiliteratur“ wird 60 Jahre alt.



Ohne den Einsatz der Polizei wäre unser Fußball so nicht möglich. Damit macht sie die Bundesliga zu einer der sichersten Ligen der Welt.

Die DFL bedankt sich bei der Polizei für ihr großes Engagement.

Mit dieser Anzeige in der GdP-Mitgliederzeitung bedankt sich die DFL bei der Polizei.



Foto: GdP

2012

Die Bundespolizei „wirtschaftet“ gegen die Berufszufriedenheit ihrer Beschäftigten – so das Fazit der „Klartext-Studie“, die der Bezirk Bundespolizei an der TU Chemnitz in Auftrag gegeben hat, um die Berufszufriedenheit der Kolleginnen und Kollegen zu untersuchen. Die Ergebnisse und einen Forderungskatalog stellt die GdP im Innenausschuss des Bundestages vor (Foto o.).

Die GdP formuliert ihre Grundsätze zum Rechtsextremismus in einem Positionspapier.

Der Bundesfachausschuss „Kriminalpolizei“ fordert in seinem Positionspapier „Organisierte Kriminalität“ personelle Stärkung der OK-Ermittler, den Ausbau europäischer Polizei- und Justizstrukturen und die Verbesserung von Rechtshilfverfahren. Außerdem müsse beim Prostitutionsgesetz sowie im Bereich Cyber- und Rockerkriminalität nachjustiert werden.



Foto: Annette Terweide



Start für das Mentoring-Projekt der Frauengruppe (Bund): Frauen sollen ermutigt werden sich aktiv an Gewerkschaftsarbeit zu beteiligen. Fazit nach 18 Monaten: Alle Kolleginnen finden sich in Funktionen der GdP wieder.

Der Startschuss für das Projekt „Beurteilungen im Polizeivollzugsdienst – Gewährleistung der Gleichstellung der Geschlechter“ ist gefallen. Fazit: Die Mehrheit der untersuchten Bereiche belegt: Frauen erhalten schlechtere Beurteilungen als ihre männlichen Kollegen. Teilzeit (auch bei Männern) verstärkt dieses Phänomen.

Auf dem 3. Verkehrsforum der GdP erarbeiten rund 100 Verkehrsexpertinnen und -experten aus dem gesamten Bundesgebiet einen umfangreichen Maßnahmenkatalog für die Verkehrspolitik, um das Unfallrisiko durch Fahrten unter Einfluss von Alkohol, Drogen und Medikamenten zu mindern.

Viele gute Beispiele zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie in den Behörden listet die Frauengruppe (Bund) in einer „Best-Practise“-Broschüre auf.



Foto: Immel

Das 4. GdP-Arbeitsschutzsymposium legt unter dem Motto „Burn-out – Psychische Belastungen am Arbeitsplatz“ den Fokus auf die engen Zusammenhänge zwischen individuellen Ausgangslagen der Mitarbeiter, der sozialen Beziehungen und der strukturellen Ausprägung der Behörde.



2013

Erstmals tauschen sich Hauptpersonalratsvorsitzende und Gleichstellungsbeauftragte auf einer GdP-Fachtagung gemeinsam zum Thema „Vereinbarkeit Beruf, Familie und Pflege“ aus.

Der NSU-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages tagt noch, da stellt die GdP bereits in ihrem Positionspapier „Den Verfassungsschutz stärken. Parlamentarische Einflussmöglichkeiten verbessern. Das Vertrauen zurückgewinnen“ ihre Kernforderungen in der Bundespressekonferenz vor: Kein Verzicht auf V-Leute, ausreichend Personal in den Bereichen Staats- und Verfassungsschutz und ausgeweitete Informationspflicht der Nachrichtendienste gegenüber der Polizei.

Die GdP beleuchtet „Die föderale Polizei im demografischen Wandel“ auf einer Fachtagung. Klare Forderung: „Diese Mehrklassen-Polizei muss abgeschafft werden.“

Mit einem eigenen Internetfilm unterstützt die GdP die Tarifrunde 2013.

Politische Kontakte: Drei Tage nach Amtseinführung empfängt der IMK-Vorsitzende und Innenminister von Niedersachsen, Boris Pistorius, eine GdP-Delegation.



Im Positionspapier der AG „Häusliche Gewalt“ verweist die Frauengruppe (Bund) auf die besonderen Belastungen der in diesem Deliktfeld tätigen Beamten und Beamtinnen und mahnt eine einheitliche Definition der „Häuslichen Gewalt“ in den Ländern und der Bundespolizei, ein angemessener Personalansatz sowie ausreichende Aus- und Fortbildung an.

Die GdP-Fachtagung „Seniorenkriminalität“ fordert: Die Polizei muss sich vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung besser auf den Umgang mit älteren Menschen bei der Kriminalitätsbekämpfung einstellen. Eine spezielle Ausbildung dafür sei notwendig.



Foto: Zielasko

Der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut beantwortet vor der Bundespressekonferenz Fragen zum GdP-Positionspapier.



Foto: Immel

Intensive Debatte auf der GdP-Fachtagung „Seniorenkriminalität“

Foto: Immel



Der GdP-Vorsitzende Bernhard Witthaut legt sein Amt als GdP-Bundesvorsitzender nieder und wird Polizeipräsident in Osnabrück. Sein Nachfolger wird Oliver Malchow.

Symbolische Schlüsselübergabe für die GdP-Bundesgeschäftsstelle an den neuen GdP-Vorsitzenden Oliver Malchow (r.)



2014

Nach den schweren Auseinandersetzungen im Hamburger Schanzenviertel Ende 2013 versuchen Politiker, Wissenschaftler und Polizisten auf der GdP-Tagung „Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten“ die Ausschreitungen aufzuarbeiten.

Die Akkreditierung der Deutschen Hochschule der Polizei (der DHPol) erfordert ein hohes Ausbildungsniveau mit den entsprechenden Rahmenbedingungen. Die GdP formuliert kurz-, mittel- und langfristige Ansprüche an die Weiterentwicklung der DHPol.

Foto: Holecek



Foto: Zielasko

Harte Tarifverhandlungen für Bund und Kommunen – doch nach bundesweiten Warnstreiks von hunderttausend Beschäftigten und drei intensiven Verhandlungsrunden konnte ein akzeptables Ergebnis erreicht werden.

Die 14. Bundesjugendkonferenz wählt Kevin Kolkolka zum neuen Bundesvorsitzenden der JUNGEN GRUPPE (Bund) und fordert: Keinen weiteren Stellenabbau bei der Polizei und Föderalismusreform umkehren!



Die 6. Bundesfrauenkonferenz tagt unter dem Motto: „Mit uns Frauen in die Zukunft“. Dagmar Hölzl wird als Vorsitzende der GdP Frauengruppe (Bund) bestätigt.

Der neue Geschäftsführende Bundesvorstand der GdP

Gedankenaustausch bei der GdP-Tagung „Gewalt gegen Polizei“: GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow, Hamburgs Innensenator Michael Neumann und Wolfgang Kopitzsch, Hamburger Polizeipräsident (v. l.)

Ein Antrag der DGB-Jugend führt auf dem DGB-Bundeskongress zu einer lebhaften Diskussion um Aktionen des zivilen Ungehorsams. Der Überzeugung, hierbei handele es sich um „legitime Aktionsformen des DGB“, widerspricht die GdP entschieden. Mit intensiver Argumentation und Überzeugungsarbeit gelingt es dem GdP-Vorsitzenden Oliver Malchow, dass sich rund 400 Delegierte aus acht Mitgliedsgewerkschaften den rechtspolitischen Positionen der GdP anschließen.

Die GdP tauscht sich auf einem „Parlamentarischen Frühstück“ mit rund 20 Abgeordneten des Innen- und Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages über aktuelle Themen der inneren Sicherheit aus.



Foto: Zielasko

252 Delegierte wählen auf dem 25. Ordentlichen Bundeskongress den neuen Geschäftsführenden Bundesvorstand mit Oliver Malchow an der Spitze (Foto u.), bearbeiten insgesamt 242 Anträge und stellen damit die Weichen für die gewerkschaftspolitische Arbeit der weitaus größten Arbeitnehmervertretung der Polizeibeschäftigten Deutschlands und weltweit.



Foto: Zielasko

GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow (Mitte) auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit dem DStGB

Auf einer gemeinsame Pressekonferenz der GdP mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) fordern beide Organisationen in ihrem abgestimmten Positionspapier insbesondere mehr Präsenz der Polizei auf den Straßen, verstärkte Videoüberwachung – allerdings in Verbindung mit mehr Personal –, Alkoholverbote in der Öffentlichkeit und einen besseren Schutz von Sicherheits- und Rettungskräften.

Die Frauengruppe (Bund) begrüßt ihr 40.000. Mitglied: Elisabeth Rathmann vom Bezirk Bundespolizei.

Die 7. Bundesseniorenkonferenz tagt unter dem Motto „Erfahrung gestaltet Zukunft“. Appell des neuen Bundesseniorenvorsitzenden Winfried Wahlig: An Seniorenarbeit beteiligen!



Winfried Wahlig – neuer Bundesseniorenvorsitzender.



Foto: Immel



Foto: Christian Hoffmann

Mit Warnstreiks unterstreichen die Beschäftigten ihre Tarifforderungen – hier über 5.000 Beschäftigte in Hannover.

2015

In den Tarifverhandlungen fordern die Gewerkschaften u. a. 5,5 % Lohnerhöhung. Die Verhandlungen sind zäh. Das Ergebnis dank Unterstützung vieler Demonstranten und Warnstreikenden schließlich akzeptabel.

Die GdP gründet eine bundesweite „Kommission für Belange von Menschen mit Behinderungen in der Polizei“. Durch die Konstituierung dieses Gremiums erfolgt nunmehr auch die formale Anbindung an die gewerkschaftspolitische Arbeit.

Das 5. Arbeitsschutzsymposium der GdP fordert eindringlich, umgehend die zahlreichen Einflüsse zu ermitteln, die belastend auf die Psyche der Polizeibeamtinnen und -beamten wirken und darauf abgestimmte Maßnahmen einzuleiten.



Foto: Holecek

G 7-Treffen: Auch GdP-Vorsitzender Oliver Malchow ist vor Ort bei den eingesetzten Kolleginnen und Kollegen.

Beim G 7-Treffen in Bayern leisten die Kolleginnen und Kollegen Großartiges – ihre besonnenen Einsätze, Freundlichkeit und Gelassenheit bestimmen wesentlich die entspannte Atmosphäre mit. Den strapaziösen Dienst erleichtert die GdP mit einem Großeinsatz an Betreuung.

In einem deutlich formulierten Brief an die Vorsitzenden des Innen- und Haushaltsausschusses des Bundestages weist die GdP angesichts des aktuell im Bundestag und Bundesrat vorgelegten Bundeshaushaltsplans 2016 nachdrücklich auf Probleme bei der Ausstattung der Bereitschaftspolizeien der Länder mit Führungs- und Einsatzmitteln hin.

Auf einem GdP-Drogensymposium erörtern rund 100 GdP-Kriminalpolizistinnen und -polizisten mit Fachexperten aus Politik, Wissenschaft, Justiz und von Präventionseinrichtungen aktuelle Entwicklungen der Rauschgiftkriminalität.



Foto: GdP/Immel



Foto: Holecek

Permanent fordert die GdP seit 2010, einen neuen Straftatbestand zu schaffen, der jeden tätlichen Angriff auf Vollstreckungsbeamte und Rettungskräfte ahndet. Eine entsprechende Petition übergibt GdP-Vorsitzender Oliver Malchow während der Frühjahrskonferenz der Innenminister und -senatoren der Länder und des Bundes an den IMK-Vorsitzenden Roger Lewentz (Foto o.).

Wie „Gewalt gegen Polizei“ konkret erlebt wird und welche Konsequenzen diese fatale Entwicklung mit sich bringt, dazu veranstaltet die GdP einen parlamentarischen Abend.

Die GdP tritt nach reiflicher Abwägung aus EuroCop aus. Das war die nötige Konsequenz, nachdem der Bundeskongress 2014 den GdP-Bundesvorstand beauftragt hatte, die europäische Gewerkschaftsarbeit zu analysieren und fortzuentwickeln.

Neue Strategien zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität fordert eine GdP-Fachtagung, auf der rund 80 Experten aus Italien und Deutschland Strategien gegen das organisierte Verbrechen erörtern (Foto r.).

Die GdP macht unter dem Motto „Wir brauchen Verstärkung“ mit einer bundesweiten provokant zugespitzten Kampagne auf den enormen Personalmangel der Polizei aufmerksam (Foto u.).

Die Gewalt gegenüber Menschen in Uniform nimmt zu. Die Kampagne „AUCH MENSCH – Polizei im Spannungsfeld“ der JUNGEN GRUPPE (Bund) wird daher mit einer weiteren Aktion (Foto u.) fortgeführt.



Foto: mm-pictures GmbH
Gestaltung: karadesign



Foto: Immel

Konzentrierte Kompetenz auf der GdP-Fachtagung zur Organisierten Kriminalität



Foto: Immel

Betroffenheit und engagierte Debatte beim parlamentarischen Abend der GdP: Dr. Helmut Teichmann, Abteilungsleiter Bundespolizei im Bundesministerium des Innern, Bundespolizei Vizepräsident Jürgen Schubert, Susanne Mittag, MdB (SPD) und der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek (v. l.)



Foto: Immel

Die Kampagne „Wir brauchen Verstärkung“ wird von den Medien intensiv transportiert: Der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek im Interview.



Foto: Sperer/BMI

Die GdP macht ihre Positionen beim Bundesinnenminister deutlich: GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow (r.) und GdP-Vize Jörg Radek (l.)

2016

Gesprächstermin beim Bundesinnenminister Thomas de Maizière: Erörtert werden die aktuelle Lage der inneren Sicherheit, die Ängste der Bevölkerung vor einer zunehmenden Alltagskriminalität sowie die hohen Belastungen der Polizistinnen und Polizisten im täglichen Dienst.

Vor dem Hintergrund der Terroranschläge in Brüssel treffen sich der BKA-Präsident Holger Münch (Foto unten r.) und der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow zu einem intensiven Meinungsaustausch in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle.



Foto: Holocek

Gewerkschaftliche Stärke hat sich ausgezahlt: Massive Warnstreiks und Demonstrationen haben ein respektables Ergebnis bei den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder im Öffentlichen Dienst ermöglicht.

Das 4. Verkehrspolitische Forum zum Thema „Fahrerassistenzsysteme“ führt über 100 Experten aus der Polizei, Justiz und Verkehrsunfallprävention sowie Versicherern und der Automobilindustrie zusammen. Die Fachleute legen eine Reihe von Empfehlungen für die weitere Auseinandersetzung mit dem Thema vor.

Der 10. Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ des Gewerkschaftsvereins „Mach meinen Kumpel nicht an! – Für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.“ steht unter der Schirmherrschaft des GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow. Zahlreiche junge Menschen haben sich in ihren Projekten kreativ mit dem Thema „Rassismus“ auseinandergesetzt.



Foto: Zielasko





Foto: GdP

Kolleginnen und Kollegen aus Jugendvorständen der GdP in Krakau

Die JUNGE GRUPPE (GdP) organisiert im polnischen Krakau für Kolleginnen und Kollegen aus Bundes-, Landes- und Bezirksjugendvorständen eine hochemotionale und informative Fachtagung zu den Themen „Gedenken und Erinnern“ und „Rolle der Polizei im NS-Staat“ (Foto o.).

Die GdP wendet sich mit ihrem Positionspapier „Auswirkungen der Flüchtlingssituation in Deutschland auf die Polizei – Anforderungen an die Politik“ an die Öffentlichkeit und transportiert als Fazit eines GdP-Fachsymposiums einen Forderungskatalog an den Gesetzgeber.

Das bewährte „APS“ (Aktiv-Programm-Senioren) geht aktualisiert, zum Teil neu aufgelegt und um die neue Broschüre „APS-Vorsorge“ erweitert, an den Start. Damit wird sie auch für jüngere Altersgruppen höchst interessant.



Nach dem Austritt der GdP aus EuroCOP Ende 2015 eröffnet die GdP in Brüssel ein Büro. Geplant sind Sitzungen und Veranstaltungen sowohl für die Lobbyarbeit als auch gemeinsam mit anderen europäischen (Polizei-) Gewerkschaften und Vertretern von Sicherheitsbehörden Themen mit klarem polizeipraktischen Bezug zu diskutieren.

APS - Vorsorge

Ratgeber für Aktive, Rentner und Pensionäre



www.gdp.de



Gewerkschaft
der Polizei
Bundesvorstand



Gewerkschaft der Polizei

Bundesvorstand

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei
Bundesvorstand
Stromstraße 4, 10555 Berlin
Telefon: 030 399921-0

www.gdp.de

Redaktion:

Marion Tetzner
marion.tetzner@gdp.de
Stand: Juli 2016

Layout/Druck:

Wilhelm Wölfer Druck + Media